

4248 a

Beschluss des Kantonsrates über die Rechnung 2004 des Kantons Zürich

(vom

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 12. April 2005 sowie in den Bericht und Antrag der Finanzkommission vom 9. Juni 2005,

beschliesst:

I. Die Staatsrechnung für das Jahr 2004 schliesst ab:

| | |
|----------------------------------|--------------------|
| 1. Laufende Rechnung | |
| Aufwand Total | Fr. 11'568'415'403 |
| Ertrag Total | Fr. 11'155'491'472 |
| Aufwandüberschuss | Fr. 412'923'931 |
| 2. Investitionsrechnung | |
| Nettoinvestition | Fr. 653'821'287 |
| Finanzierungsfehlbetrag | Fr. 385'450'869 |
| 3. Bilanz per 31. Dezember 2004 | |
| Finanzvermögen | Fr. 4'514'250'879 |
| Verwaltungsvermögen | Fr. 7'070'141'972 |
| Fremdkapital | Fr. 10'064'575'648 |
| Verpflichtungen für Spezialfonds | Fr. 823'744'703 |
| Eigenkapital | Fr. 696'072'500 |

und wird unter Hinweis auf die nicht bilanzierten Verpflichtungen von Fr. 681'486'503 Franken genehmigt.

II. Mit der Staatsrechnung für das Jahr 2004 werden Rücklagen im Betrag von Fr. 15'678'000 genehmigt.

III. Mitteilung an den Regierungsrat.

IV. Veröffentlichung im Amtsblatt.

Zürich, 9. Juni 2005

Im Namen der Finanzkommission

Der Präsident: Die Sekretärin:

Werner Bosshard Dr. Evi Didierjean

* Die Finanzkommission besteht aus folgenden Mitgliedern: Werner Bosshard, Rümlang (Präsident); Stefan Feldmann, Uster; Julia Gerber Rüegg, Wädenswil; Regula Mäder-Weikart, Opfikon; Dr. Theo Toggweiler, Zürich; Natalie Vieli, Zürich; Dr. Beat Walti, Erlenbach; Katharina Weibel, Seuzach; Erika Ziltener, Zürich; Hans-ueli Züllig, Zürich; Ernst Züst, Horgen; Sekretärin: Dr. Evi Didierjean.

I. Bericht der Finanzkommission

1. Überblick Rechnung 2004

Die Finanzkommission hat die Staatsrechnung des Kantons Zürich für das Jahr 2004, bestehend aus

1. der Verwaltungsrechnung,
2. der Bestandesrechnung,
3. der Rechnung der unselbstständigen staatlichen Unternehmungen,
4. der Rechnung der selbstständigen staatlichen Unternehmungen,
5. der Rechnung der Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit und
6. der Rechnung der Stiftungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, geprüft.

Die im Milizsystem durchgeführte Prüfung muss sich auf Plausibilitätsabklärungen und politische Gewichtungen beschränken. Die materielle und formelle Prüfung der Staatsrechnung erfolgt durch die Finanzkontrolle.

Die Verwaltungsrechnung 2004 weist einen Aufwandüberschuss von 413 Mio. Franken auf. Gegenüber dem Voranschlag 2004 bedeutet das eine Verschlechterung um 271 Mio. Franken. Im Vergleich zum Rekorddefizit im Jahr 2003 schliesst die Rechnung 2004 aber um 206 Mio. Franken besser ab.

Der Aufwand ohne interne Verrechnungen entspricht praktisch dem Voranschlag und der Vorjahresrechnung. Er fällt gegenüber dem Voranschlag 2004 um 20 Mio. Franken höher und gegenüber der Rechnung 2003 um 39 Mio. Franken bzw. um 0,4% niedriger aus. Der Ertrag ohne interne Verrechnungen liegt 251 Mio. Franken unter dem Voranschlag, ist aber 167 Mio. Franken höher als in der Rechnung 2003.

Die Ertragsverbesserung gegenüber der Rechnung 2003 ist unter anderem auf folgende Faktoren zurückzuführen: Einzug von Vermögenswerten im Rahmen eines internationalen Strafverfahrens, Taxerhöhung im stationären und ambulanten Bereich der Spitäler, höhere Gewinnausschüttung der Zürcher Kantonalbank und eine geänderte Verbuchung beim Personalaufwand. Die Rückerstattungen der Universität für Lehre und Forschung des Universitätsspitals werden nicht mehr als Minderaufwand, sondern als Ertrag verbucht. Wegen des entsprechenden Personalmehraufwands ist diese Ertragszunahme saldoneutral.

Die Saldoverschlechterung von 271 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag ist insbesondere dadurch bedingt, dass die Nachträge an Staatssteuern für vergangene Jahre um 460 Mio. Franken geringer ausgefallen sind als budgetiert. Diese Mindererträge konnten teilweise durch höhere Entgelte von 143 Mio. Franken und höhere Vermögenserträge von 84 Mio. Franken wettgemacht werden. Auch mussten 110 Mio. Franken weniger Staatsbeiträge, vor allem im Gesundheits- und Bildungswesen, geleistet werden.

Die Nettoinvestitionen liegen mit 654 Mio. Franken 172 Mio. Franken unter dem Budget. Im Vergleich zum Vorjahr haben die Nettoinvestitionen um 100 Mio. Franken zugenommen. Während im Jahr 2003 ein Finanzierungsfehlbetrag von 457 Mio. Franken zu verzeichnen war, weist die Rechnung 2004 einen solchen von 385 Mio. Franken auf. Der Voranschlag rechnete mit einer Selbstfinanzierung von 477 Mio. Franken und einem Selbstfinanzierungsgrad von 58%. Mit der Selbstfinanzierung von 268 Mio. Franken fällt der Selbstfinanzierungsgrad auf 41%.

Bestandesrechnung: Im Berichtsjahr nahm das Fremdkapital um 219 Mio. Franken auf 10,065 Mrd. Franken zu. Im gleichen Zeitraum ging das Finanzvermögen um 144 Mio. Franken auf 4,514 Mrd. Franken zurück. Die Verschuldung (Fremdkapital minus Finanzvermögen) erhöhte sich von 5,187 auf 5,551 Mrd. Franken. Der Aufwandüberschuss reduzierte das Eigenkapital von 1,103 Mrd. Franken um 407 Millionen auf 696 Mrd. Franken. Es liegt damit nur wenig über dem Tiefststand von 385 Mio. Franken per Ende 1997.

Die Finanzkommission beantragt dem Kantonsrat unter Berücksichtigung der folgenden Feststellungen, die Staatsrechnung 2004 zu genehmigen.

2. Bemerkungen zum Bericht des Regierungsrates

Die Gliederung stimmt mit der Gliederung des Berichts des Regierungsrates überein.

3. Bedeutende Sondereffekte

Der Einbruch bei den Nachträgen an direkten Steuern weist darauf hin, dass die Planung des Steuerertrags – und hier insbesondere die Schätzung der Nachträge – mit der Gegenwartsbesteuerung schwieriger geworden ist. Demzufolge ist es richtig, dass der Regierungsrat seine Erwartungen deutlich nach unten korrigiert.

4. Bildung und Auflösung von Rücklagen

Die Beschränkung der Rücklagenbildung auf 2% der Lohnsumme ist zu begrüßen, nicht aber die Tatsache, dass mehr Rücklagen als im Vorjahr gebildet werden und dass der Bestand an Rücklagen weiter angestiegen ist. Die Begründung vieler Rücklagen mit «verzögerter Stellenbesetzung» wirft Fragen nach der Angemessenheit der Stellenpläne auf.

In den Leistungsgruppen 8100 (Hochbau), 8400 (Tiefbau) und 8500 (Awel) werden Rücklagen von zusammen 365'000 Franken mit dem Verwendungszweck «Anteil ZVV-Abonnements von Mitarbeitenden» in der Rubrik Sachaufwand aufgelöst. Nachdem Arbeitswegkosten prinzipiell zulasten des Arbeitnehmers gehen, sind diese Kosten nach Ansicht der Finanzkommission weniger ein Sachaufwand als vielmehr eine Lohn-Nebenleistung und somit ein Personalaufwand.

5. Entwicklung des Finanzhaushalts

5.1 Laufende Rechnung

5.1.1 Laufende Rechnung, Aufwand

Erstmals konnte das jahrelange, kontinuierliche Aufwandwachstum eliminiert werden, was insgesamt positiv zu vermerken ist.

Wenn unter bedeutenden Verschlechterungen 8,2 Mio. Franken höhere Sozialplankosten wegen dem Sanierungsprogramm 04 im Vergleich zum Vorjahr erwähnt werden, dann ist das eine etwas einseitige Darstellung. Die andere Seite ist die, dass im Entwurf des Regierungsrates zum Voranschlag 2004 in der Leistungsgruppe 4970, Sanierungsprogramm Personalmassnahmen, ein Aufwand von 26 Mio. Franken vorgesehen war. Auf Antrag der Finanzkommission hat der Kantonsrat diesen Betrag auf 16 Mio. Franken reduziert, tatsächlich ist noch weniger gebraucht worden, nämlich 12,1 Mio. Franken.

6. *Entwicklung der Direktionen*
6.2 *Direktion der Justiz und des Inneren*

Die eigentlich erfreuliche Saldoverbesserung von 31 Mio. Franken gegenüber der Rechnung 2003 und von 62 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag ist fast ausschliesslich durch die Beschlagnahmung von 58,4 Mio. Franken in einem internationalen Strafverfahren ausgelöst worden. Zudem besteht das Risiko, dass die Hälfte dieses Betrags von Dritten eingefordert werden könnte.

8. *Bestandesrechnung*
8.4 *Erweiterte Darstellung der eigenen Mittel (Eigenkapital)*

Die Reduktion der Vorsorgeverpflichtungen des Kantons (Ruhegehälter für Universitätsprofessoren) um 94 Mio. Franken, entsprechend rund 20%, ist auf die Anregung der Finanzkommission zurückzuführen, diese neu zu berechnen.

Der noch als Eventualguthaben aufgeführte Betrag von 1,6 Mrd. Franken aus dem Verkauf überschüssiger Goldreserven der Nationalbank ist in der Zwischenzeit real geworden. Wird dieser Betrag ganz einfach in der Laufenden Rechnung vereinnahmt, ist für 2005 ein Ertragsüberschuss von rund 1 Mrd. Franken zu erwarten und der mittelfristige Ausgleich der Laufenden Rechnung für die Jahre 2001 bis 2008 wäre gemäss KEF vom 8. September 2004 auch ohne Sparanstrengungen gewährleistet.

3. Feststellungen der Finanzkommission

3.1 Prüfung der Rechnung 2004 durch die Finanzkontrolle

Mit Bericht vom 11. April 2005 teilte die Finanzkontrolle dem Regierungsrat und der Finanzkommission mit, dass die Rechnung 2004 des Kantons Zürich formal den Vorschriften der massgebenden Gesetze, Verordnungen und Weisungen entspricht. Am 26. Mai 2004 nahm die Finanzkommission Kenntnis vom Gesamtbericht der Finanzkontrolle über die materielle Prüfung der Rechnung 2004 vom 18. Mai 2005. Die Finanzkontrolle empfiehlt Genehmigung der Rechnung.

Die Finanzkommission schliesst sich diesem Antrag unter Verdankung der wertvollen Arbeit der Finanzkontrolle an. Naturgemäss weist ein Kontrollbericht auf Mängel hin und erwähnt nicht, was alles normal verläuft. Die Finanzkommission anerkennt, dass im allergrössten Teil der Verwaltung und Betriebe korrekte und gute Arbeit geleistet wird. Trotzdem soll hier auf einige Feststellungen der Finanzkontrolle eingegangen werden.

3.1.1 Gesundheitsdirektion; Somatische Akutversorgung

Wenn die Finanzkontrolle schreibt, insbesondere sei der zeitgerechten und vollständigen Leistungserfassung in allen Disziplinen immer wieder die notwendige Beachtung zu schenken, dann lässt das vermuten, dass hier ein Optimierungspotenzial besteht, welches unbedingt zu realisieren ist.

3.1.2 Bildungsdirektion; Rückstellungen an Mittelschulen

Rückstellungen dürfen nur für Vorhaben getätigt werden, welche in der laufenden Rechnungsperiode geplant und budgetiert waren, sich aber in die nachfolgende Rechnungsperiode verschieben und mit neuem Voranschlag nicht gedeckt sind. Eine Übertragung in eine weitere Rechnungsperiode darf nur nach Absprache mit der Finanzverwaltung vorgenommen werden. Rückstellungen wurden nun aber in eine weitere Rechnungsperiode übertragen, ohne dies mit der Finanzverwaltung abzusprechen.

3.1.3 Baudirektion

3.1.3.1 Abrechnung von Objektkrediten

Seit sechs Jahren weist die Finanzkontrolle die Baudirektion darauf hin, dass Objektkredite nach Abschluss des Objektes abgerechnet werden sollen. Am 31. Dezember 2004 waren 42 nicht abgerechnete Objektkredite vorhanden. Bei 19 dieser Objektkredite sind seit dem Rechnungsjahr 2002 keine Ausgaben mehr getätigt worden. Die Arbeiten zur Abrechnung dieser Kredite sind mit Konsequenz bis zur definitiven Abrechnung weiterzuführen.

3.1.3.2 Liegenschaften des ehemaligen Fluglärmfonds

Es muss damit gerechnet werden, dass diese Position von 39,55 Mio. Franken in einem gewissen Umfang überbewertet ist. Abklärungen dazu sind noch im Gange.

3.1.3.3 Tiefbauamt; Rechnungslegung

Weil die zeitliche und sachliche Abgrenzung nicht richtig vorgenommen wurde, ist der Aufwand in der Laufenden Rechnung des TBA um rund 764'000 Franken und die Investitionsrechnung um rund 1,9 Mio. Franken zu gut dargestellt.

3.1.3.4 Debitorenverlust

Das Debitoreninkassowesen wies Mängel auf, sodass verschiedene Guthaben infolge Verjährung nicht mehr eingefordert werden können. Die bisher festgestellten Debitorenverluste belaufen sich auf knapp 400'000 Franken. In der Zwischenzeit sind geeignete Massnahmen ergriffen worden, um zukünftig einen ordnungsgemässen Ablauf des Inkassowesens sicherzustellen.

3.1.4 Anstalten

3.1.4.1 Universität

Insgesamt besteht bei der Universität in Sachen Rechnungslegung ein Optimierungspotenzial. Der vereinte Druck von Finanzkontrolle, Finanzkommission und Geschäftsprüfungskommission sollte eigentlich bewirken, dass das Optimierungspotenzial auch realisiert wird.

3.1.4.2 Fachhochschule

Die für die Bildung und Verwendung von Rückstellungen geltenden Bestimmungen werden nicht immer eingehalten, was von der Finanzkontrolle bereits im Vorjahresbericht erwähnt wurde und jetzt nochmals gerügt werden musste.

3.1.4.3 Versicherungskasse für das Staatspersonal (BVK)

Informationen sind detailliert im Geschäftsbericht der BVK enthalten. Auf Grund der Ergebnisse der Prüfung der drei Bereiche Versicherung, Vermögensverwaltung und Liegenschaftenverwaltung empfiehlt die Finanzkontrolle der Finanzdirektion, die Jahresrechnung der BVK zu genehmigen.

3.2 Rücklagen

Die Rücklagen gemäss Globalbudgetverordnung – inklusive Zürcher Verkehrsverbund, ohne Universität Zürich (33,1 Mio. Franken) und Zürcher Fachhochschule (3,5 Mio. Franken) – betragen Ende 2003 60 Mio. Franken. Im Berichtsjahr sind Rücklagen von 9,9 Mio. Franken aufgelöst und von 15,7 Mio. Franken gebildet worden.

Gemäss den Rückmeldungen der Sachkommissionen beantragt die Finanzkommission, die Rücklagen zu genehmigen.

4. Würdigung

Der Rechnungsabschluss in der Laufenden Rechnung mit seinem Aufwandüberschuss erhöht die Verschuldung weiter und lässt das Eigenkapital bedrohlich absinken. Der mittelfristige Ausgleich wird zwar über die letzten acht Jahre noch erreicht, aber deutlich verfehlt, wenn die KEF-Periode bis 2008 einbezogen wird. Es zeigt sich deutlich, dass das Sanierungsprogramm 04 nicht ausreicht, um die Laufende Rechnung nachhaltig ins Gleichgewicht zu bringen. Trotz diesen schlechten Aussichten hält man an einem hohen Investitionsvolumen fest.

Finanzkommission
Der Präsident:
Werner Bosshard

Die Sekretärin:
Dr. Evi Didierjean

II. Berichte der Justizkommission und der Sachkommissionen

1. Justizkommission

1.1 Einleitende Bemerkungen

Die Justizkommission hat die Rechnung 2004 der kantonalen Gerichte und der ihnen unterstellten Behörden im Plenum behandelt. Neben dem Referenten der Finanzkommission waren die Präsidien des Obergerichts, des Kassationsgerichts, des Verwaltungsgerichts und des Sozialversicherungsgerichts zu Auskunftszwecken anwesend. Erneut verzichteten das Kassationsgericht und das Landwirtschaftsgericht auf einen Antrag zur Bildung von Rücklagen. Die diesbezüglichen Anträge der weiteren Gerichte und der Notariate/Grundbuch- und Konkursämter heisst die Justizkommission einstimmig gut.

Zu den einzelnen Gerichten – deren Rechnungsabschlüsse zu Erläuterungen und Diskussionen Anlass gaben – sind folgende Bemerkungen anzubringen:

1.2 Obergericht und angegliederte Gerichte (9030)

Die Rechnung des Obergerichts weist gegenüber dem Voranschlag 2004 eine erhebliche Saldoverbesserung von 2,5 Mio. Franken, jedoch gegenüber der Rechnung 2003 eine Saldoverschlechterung um rund 1 Mio. Franken aus. Der Aufwand bewegte sich im Rahmen des Vorjahres, während der Ertrag infolge weniger lukrativer Geschäftsfälle, insbesondere beim Handelsgericht, zurückging. Das Obergericht übernahm weitere gerichtsübergreifende Aufgaben, was insbesondere die Bezirksgerichte entlastet. Zu den gerichtsübergreifenden Aufgaben gehören die zentrale Datenadministration, das zentrale Inkasso, die Aus- und Weiterbildung für die Zivil- und Strafrechtspflege, die Abteilung Personal und Organisation, die Abteilung Logistik und das Dolmetscherwesen. Daraus entstehende geplante Mehrkosten im Personalbereich konnten durch Reorganisationen aufgefangen werden. Der Informatikaufwand konnte dank der Zentralisierung sowohl im Unterhalt wie beim Nutzungsaufwand reduziert werden. Das Rechnungswesen und das Betriebsinspektorat mussten in zugemietete Räumlichkeiten ausgelagert werden, dafür konnte die Gerichtsleitung wieder im Hauptgebäude vereint werden, was in betrieblicher Hinsicht erstrebenswert war. Im Rahmen dieser Umzugsaktivitäten waren Umbauten vorzunehmen.

1.3 Bezirksgerichte (9040)

Die Bezirksgerichte weisen eine Verschlechterung des Saldos um 9,5 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr aus. Die Verschlechterung ist vor allem auf die massive Zunahme bei den Honoraren für unentgeltliche Rechtsbeistände und amtliche Verteidiger zurückzuführen, was mit der gestiegenen Geschäftslast zusammenhängt. Ins Gewicht fallen zudem höhere Planungsentschädigungen als vom Hochbauamt ursprünglich veranschlagt sowie ein Anstieg der Gebührenabschreibungen. Eine Verbesserung gegenüber dem Voranschlag ergab sich aufgrund der tieferen Personalkosten – trotz höherer Geschäftslast – und der BVK-Beiträge, die etwas zu hoch budgetiert waren.

1.4 Notariate/Grundbuch- und Konkursämter (9060)

Sowohl gegenüber dem Voranschlag 2004 wie auch gegenüber der Rechnung 2003 ist der (positive) Saldo zurückgegangen. Der Aufwand blieb annähernd auf dem Niveau des Vorjahres, dafür haben die Erträge markant abgenommen. Obwohl die Abschaffung der Handänderungssteuer erst per 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist, sind die Erträge daraus und dadurch die Notariatsgebühren ab September 2004 eingebrochen. Per Anfang 2005 ist wieder mit einer erheblichen Zunahme zu rechnen.

1.5 Kassationsgericht (9061)

Beim Kassationsgericht bewegten sich sowohl Aufwand wie Ertrag im Rahmen des Vorjahres, lagen jedoch markant tiefer als budgetiert, womit sich die Skepsis der Justizkommission gegenüber den hohen Budgetwerten 2004 im Nachhinein als berechtigt erwies. Die Anzahl Eingänge war annähernd gleich hoch wie im Vorjahr, während die Anzahl Erledigungen sowohl gegenüber dem Voranschlag 2004 wie auch der Rechnung 2003 tiefer ausfiel. Der Ertrag für amtliche Verteidigungen und unentgeltliche Rechtsbeistände fiel dank verstärkter Bemühungen des Inkassos höher aus als erwartet. Angesichts der Änderungen in der Strafprozessordnung, welche sich direkt auf Zahl und Struktur der Fälle auswirken, wurde eine Reduktion des Personalbestandes in Angriff genommen, welche auch über die nächsten Jahre weitergeführt werden muss. Durch die bereits erfolgten Austritte bestand zeitweilig ein Unterbestand, der zu einem Anstieg der Pendenzen führte. Infolge temporärer Massnahmen sollte die Erledigungsrate im Jahr 2005 wieder ansteigen.

1.6 Verwaltungsgericht (9063)

Das Verwaltungsgericht präsentiert sehr erfreuliche Zahlen. Aufwand, Ertrag und Saldo sind sowohl gegenüber dem Budget wie auch der Rechnung des Vorjahres besser ausgefallen. Die Indikatoren zeigen, dass die Erledigungen bei gleich bleibendem Personalbestand zugenommen haben. Die Fallkosten konnten vorbildlicher Weise sowohl gegenüber der Rechnung 2003 wie auch dem Voranschlag 2004 tief gehalten werden. Diese Erhöhung der Produktivität ist auch auf Investitionen in die EDV zurückzuführen, wodurch die Arbeitsabläufe effizienter gestaltet werden können. Um die Produktivität bei einem Personalkörper mit relativ tiefem Durchschnittsalter längerfristig erhalten zu können, wird Wert auf gute Weiterbildungsangebote gelegt, welche teilweise mittels Rücklagen finanziert werden. In Verbindung mit einem angenehmen Arbeitsumfeld glaubt das Verwaltungsgericht die zunehmende Geschäftslast, welche sich auf Grund der Rechtsweggarantie in der neuen Kantonsverfassung und der Bundesverfassung für die kommenden Jahre abzeichnet, mit dem gleichen Personalbestand möglicherweise meistern zu können.

1.7 Sozialversicherungsgericht (9064)

Die Rechnung des Sozialversicherungsgerichts weist gegenüber dem Vorjahr eine geringe Saldoverbesserung aus. Ins Auge fallen jedoch die teilweise markanten Differenzen bei den Indikatoren sowohl gegenüber den prognostizierten wie auch den effektiven Werten des Vorjahres. Die Erledigungsrate ist deutlich zurückgegangen und ist, verbunden mit einer starken Zunahme der Geschäftsfälle, verantwortlich für den hohen Pendenzenstand. Diese Entwicklung kam auf Grund gesetzlicher Änderungen auf Bundesebene nicht unerwartet, überrascht aber in ihrem Ausmass. Als Erklärung werden unter anderem Änderungen im Fallbestand an-

gegeben. Die relativ einfacheren Fälle bei der Arbeitslosenversicherung und der AHV haben gegenüber den anderen Rechtsgebieten, deren Fälle sich durch eine höhere Komplexität auszeichnen, abgenommen. Die Prozesse sind komplexer und aufwändiger zu führen geworden, was auch auf die Zunahme der anwaltlichen Vertretung zurückzuführen ist. Die massiv angestiegenen Ausgaben für unentgeltliche Rechtsbeistände haben sich auch negativ auf die Fallkosten ausgewirkt. Um diese bedenklichen Tendenzen zu brechen, wurden Massnahmen zur Steigerung der Produktivität ergriffen, aber auch zusätzliches Personal eingestellt.

Die Justizkommission beantragt auf Grund ihrer Prüfungen, die Rechnungen der Gerichte zu genehmigen.

Justizkommission

Die Präsidentin: Die Sekretärin:

Gaby Petri

Jacqueline Wegmann

2. Kommission für Staat und Gemeinden

Die Kommission hat die ihr zugewiesenen Leistungsgruppen der Rechnung 2004 der Finanzdirektion und der Direktion der Justiz und des Innern im Plenum behandelt. Für einzelne Fragen standen die zuständigen Stellen der Verwaltung zur Verfügung.

Mit Ausnahme des finanzpolitisch bedeutenden Finanz- und Lastenausgleichs (2215), der allerdings schwierig zu budgetieren ist, ist die STGK für viele, allerdings eher kleinere Amts- und Fachstellen mit verhältnismässig bescheidenen Globalbudgets zuständig. Es sind zwei Bemerkungen genereller Natur anzubringen:

1. Vor dem Hintergrund der laufenden Sanierungsprogramme ist deutlich erkennbar, dass sich die Aufwandsteigerung der letzten Jahre verlangsamt und in einigen Ämtern sogar reduziert hat.
2. Die Bemühungen der Verantwortlichen zur Einhaltung der Budgets werden fast ausnahmslos mit der Bildung von Rücklagen honoriert. Im Hinblick auf eine revidierte Regelung zur Bildung und Verwendung der Rücklagen, wie sie im Rahmen des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (CRG), welches sich in der Kommissionsberatung befindet, zu erwarten ist, verzichtete die STGK im Gegensatz zum Vorjahr auf eine detaillierte Prüfung der Begründungen.

2.1 Direktion Justiz und Inneres

Abgesehen von der Beschlagnahmung von rund 58 Mio. Franken aus einer Straftat hat die Direktion der Justiz und des Inneren ein fast budgetkonformes Ergebnis erzielt. Die Abweichungen in den einzelnen Globalrechnungen wurden an den Kommissionssitzungen durch die Vertreter der Direktion erläutert, womit sich keine zusätzlichen Bemerkungen aufdrängen.

2.2 Finanzdirektion

2.2.1 Liegenschaftsverwaltung (4200)

Die besonderen Anstrengungen der Liegenschaftsverwaltung wirken sich in der Leistungsgruppe 4940, Liegenschaftenerfolg, aus, die Rücklage wird aber bei der Liegenschaftsverwaltung verbucht.

2.2.2 Amt für Tresorerie (4300)

Das Amt für Tresorerie wurde reorganisiert, nachdem im Zuge der Verselbstständigung der BVK Teile der Vermögensverwaltung in die BVK integriert wurden.

2.2.3 Informatikplanung (4600)

Auch diese Abteilung wurde reorganisiert; die Vorbereitungen der Integration in die KITT-Geschäftsstelle waren aufwändiger als geplant. Die Kommission wird sich im Rahmen des Voranschlags 2006 vertieft mit den Auswirkungen dieser Änderungen befassen.

Die Angaben in den einzelnen Globalrechnungen sowie die ergänzenden mündlichen und schriftlichen Auskünfte der Finanzdirektion befriedigten den Informationsbedarf der STGK. Die STGK beantragt, alle Rechnungspositionen zu genehmigen.

Kommission für Staat und Gemeinden
Der Präsident: Die Sekretärin:
Bruno Walliser Jacqueline Wegmann

3. Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit

Die KJS hat die ihr zugewiesenen Bereiche der Rechnung 2004 an ihrer Sitzung vom 26. April 2005 behandelt. Sowohl die Direktion der Justiz und des Inneren als auch die Direktion für Soziales und Sicherheit haben ihre Rechnungsabschlüsse der Kommission vorgestellt sowie erläutert und die dazu gestellten Fragen mündlich beantwortet.

3.1 Direktion der Justiz und des Inneren

3.1.1 Einleitende Bemerkungen

Der Direktionsabschluss insgesamt weist in der Laufenden Rechnung sowohl gegenüber dem Voranschlag 2004 als auch der Rechnung 2003 keine grossen Veränderungen auf. Seitens des Direktionsvorstehers wurde zusammenfassend festgehalten, dass sich im letzten Jahr in den in der KJS zur Diskussion stehenden Bereichen kaum ausserordentliche Entwicklungen manifestiert hätten. Die Tatsache, dass sich im Bereich Strafverfolgung Erwachsene eine Saldoverbesserung von 57,4 Mio. zwischen der Rechnung und dem Voranschlag ergeben habe, sei darauf zurückzuführen, dass in einem grösseren Fall mit internationalen Dimensionen ein grosser Betrag deliktisches Geld eingezogen werden konnte. Noch unklar sei aber, ob und wie viel Geld davon der Bund beanspruche.

3.1.2 Zu den einzelnen Positionen

Zu den einzelnen Positionen – deren Abschlüsse zu Erläuterungen und Diskussionen Anlass gaben – wird wie folgt Bericht erstattet:

3.1.2.1 Strafverfolgung Erwachsene (2204)

Während die Anzahl der Erledigungen durch Anklage im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich zugenommen hat, stiegen die Erledigungen durch Strafbefehl oder durch Einstellung des Verfahrens massiv und übertrafen die diesbezüglich prognostizierten Werte erneut in erheblichem Umfang.

3.1.2.2 Jugendstrafrechtspflege (2205)

Im Rechnungsjahr wurden markant weniger stationäre und ambulante Massnahmen angeordnet als im Voranschlag angenommen, dagegen mehr vorsorgliche Massnahmen ausgesprochen. Da die eingeleiteten Massnahmen kostspielig sind, mussten dennoch rund zwei Drittel des Nachtragskredits in Anspruch genommen werden. Erneut zugenommen haben die Verfahrenserledigungen, während sich die Pendenzen trotz leichtem Rückgang unvermindert auf sehr hohem Niveau halten. Die durchschnittliche Untersuchungsdauer in Tagen konnte gegenüber den beiden Vorjahren leicht gesenkt werden.

3.1.2.3 Amt für Justizvollzug

Die Rechnung des Amtes für Justizvollzug weist einen um rund 4,6 Mio. Franken höheren Ertrag und einen um rund 7,8 Mio. Franken höheren Aufwand aus. Dies ist hauptsächlich auf die hohe Belegung aller Anstalten und Gefängnisse zurückzuführen, liegen doch die Belegungstage um 13% höher als im Voranschlag 2004 angenommen.

3.1.2.4 Fachstelle Opferhilfe (2232)

Durch die Einführung einer Debitorenbuchhaltung können nun Regressforderungen korrekt als Ertrag verbucht werden, was zu einer massiven Einnahmensteigerung führte. Die unerwartet hohe Zunahme von Gesuchen nach Opferhilfebeiträgen führte zu massiven Mehrkosten beim Aufwand, diese konnten lediglich zur Hälfte durch den Nachtragskredit aufgefangen werden.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt die KJS, es sei die Rechnung 2004 der Direktion der Justiz und des Inneren bezüglich der Konten 2204, 2205, 2206, 2221, 2232, 2262 und 2263 vollumfänglich zu genehmigen.

3.2 *Direktion für Soziales und Sicherheit*

3.2.1 *Einleitende Bemerkungen*

Der Direktionsabschluss weist gegenüber dem Voranschlag 2004 in der Laufenden Rechnung erneut eine Saldoverbesserung aus. Verglichen mit der Rechnung 2003 ergibt sich jedoch eine Saldoverschlechterung, was insbesondere auf die gestiegenen Nettobeiträge des Sozialamtes an die Gemeinden für wirtschaftliche Hilfe sowie auf höhere Zusatzleistungen im Bereich der AHV/IV und an den Bund zurückzuführen ist.

3.2.2 *Zu den einzelnen Positionen*

Zu den einzelnen Positionen – deren Abschlüsse zu Erläuterungen und Diskussionen Anlass gaben – wird wie folgt Bericht erstattet:

3.2.2.1 Kantonspolizei (3100)

Die Kantonspolizei weist gegenüber dem Voranschlag eine Saldoverbesserung von gut 26 Mio. Franken, gegenüber der Rechnung 2003 eine solche von 4 Mio. Franken aus. Gegenüber dem Voranschlag 2004 konnte der Aufwand um rund 11 Mio. Franken vermindert werden. Der Ertrag dagegen fiel um rund 15 Mio. Franken höher als budgetiert aus. Diese Steigerung ist unter anderem auf Entgelte für zusätzliche Sicherheitsmassnahmen am Flughafen sowie auf eine Zunahme des Bussenerlöses und der Kostgelder für Gefangene zurückzuführen. Zudem wurden Rücklagen aufgelöst.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt die KJS, es sei die Rechnung 2004 der Direktion für Soziales und Sicherheit bezüglich der Konten 3000, 3100, 3200, 3300, 3400, 3600 und 3910 vollumfänglich zu genehmigen.

Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit
Der Präsidentin: Die Sekretärin:
Regula Thalmann Contessina Theis

4. Kommission für Wirtschaft und Abgaben

Die Kommission hat die Beratungen der ihr zugewiesenen Positionen der Rechnung 2004 wie in den Vorjahren im Plenum vorgenommen und sich für einzelne Fragen an die zuständigen Verwaltungsstellen gewandt.

Zu einzelnen Globalrechnungen sind folgende Bemerkungen anzubringen:

4.1 Finanzdirektion

4.1.1 Steuern Betriebsteil (4400)

Das Steueramt schliesst sowohl in der Laufenden wie auch der Investitionsrechnung besser ab als budgetiert. Neben dem Umzug an einen Standort, der per 1. Januar 2006 vollzogen sein muss, beschäftigt das Steueramt vor allem das EDV-Projekt ZüriPrimo, welches in den nächsten Jahren erhebliche Investitionsmittel erfordert. All diese Anstrengungen sollen tendenziell zu einer Verminderung der Produktionskosten und damit zur Senkung des Aufwands führen.

4.1.2 Steuererträge (4910)

Die WAK nimmt zur Kenntnis, dass die prognostizierten Steuererträge wesentlich über den tatsächlich realisierten Steuereinnahmen lagen, welche sogar noch tiefer ausfielen als im Rechnungsjahr 2003. Trotz sinkender Steuereinnahmen steigt der Aufwand unter dem Titel Staatssteuer (4910 1100) deutlich an. Dieser Betrag deckt die Entschädigungen ab, die die Gemeinde pro Steuerpflichtigen sowie pro Einschätzung im Sichtverfahren erhält und ist, anders als auf der kommunalen Ebene, nicht an das Steueraufkommen gebunden. Die Gemeinden haben mehr Einschätzungen gemacht. Die Steuereinnahmen konnten trotz der Einstellung zusätzlicher Revisoren nicht markant gesteigert werden, weil es in erster Linie deren Aufgabe ist, Revisionen zu machen und nicht zusätzliches Steuersubstrat zu erschliessen, und weil sie erst nach der provisorischen Einschätzung zum Einsatz kommen. Die Zinsvergütungen infolge hoher Rückzahlungen für ältere Steuerperioden werden durch die Gemeinden bewirtschaftet. Wegen des attraktiven Zinssatzes streben viele Steuerpflichtige ein Guthaben an. Die Gemeinden sind gehalten, die Guthaben nicht zu stark anwachsen zu lassen.

4.2 Volkswirtschaftsdirektion

4.2.1 Generalsekretariat (5000)

Der budgetierte Aufwandüberschuss wurde um fast 100'000 Franken überschritten. Dem Mehraufwand von 560'000 Franken stehen Mehrerträge von 460'000 Franken gegenüber. Der grösste Teil des Mehraufwands ist auf zusätzliche Abschreibungen im EDV-Bereich infolge neuer Abschreibungsvorgaben zurückzuführen. Durch die Reorganisation und einen überdurchschnittlichen Personalwechsel konnten vorübergehend weniger Rekurse erledigt werden, was in einem gegenüber Budget markant tieferen Leistungsindikator zum Ausdruck kommt. Dieser Wert wird sich wieder stabilisieren. Unter dem Indikator 12, hohe Qualität der Rekursbearbeitung, werden hohe 50% ausgewiesen, die sich allerdings nur auf zwei Fälle beziehen, womit der erste Eindruck zu relativieren ist.

4.2.2 *Landschaft und Natur (5100)*

Das Amt für Landschaft und Natur konnte den Aufwand gegenüber der Rechnung 2003 um 5,3 Mio. Franken reduzieren, was teilweise auf die Umsetzung der Sanierungsmassnahmen zurückzuführen ist. Der Wirkungsindikator 10, Hochbausubventionen: Kostensenkungseffekt je kg produzierte Milch, schwankt stark. Dieser Indikator wurde erst im Jahr 2002 eingeführt und muss noch weiter erprobt werden. Die Veränderung des Indikators hängt wesentlich davon ab, welche konkreten Projekte im landwirtschaftlichen Hochbau in einem Jahr anstehen. Deutlich zurückgegangen ist die Anzahl Bewirtschafter von Naturschutzflächen. Auf Grund des landwirtschaftlichen Strukturwandels gibt es weniger Betriebe und somit auch weniger Bewirtschafter. Allerdings spezialisieren sich einzelne Betriebe auf die Pflege von Naturschutzflächen und sichern sich so ein zusätzliches Einkommen, womit weder die gepflegten Flächen abnehmen noch eine Verschlechterung in der Pflege festzustellen ist. Der Anteil der Fläche Naturverjüngung an der gesamten Waldverjüngung stieg gegenüber dem Vorjahr stark an, blieb aber unter dem budgetierten Wert. Die Forstaktivitäten beziehen sich auf die Beseitigung der Schäden aus dem Sturm Lothar im Jahr 1999 und den darauf folgenden Borkenkäferschäden. Die bereitgestellten Mittel können bis im Jahr 2006 beansprucht werden und werden gegen Ende dieser Periode voraussichtlich verstärkt nachgefragt.

Die WAK stimmt allen Globalrechnungen zu.

Kommission für Wirtschaft und Abgaben
Der Präsident: Die Sekretärin:
Hansjörg Schmid Jacqueline Wegmann

5. Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit

5.1 Allgemeines

5.1.1 Kantonales Sozialamt

Die Jahresrechnung 2004 des kantonalen Sozialamtes schliesst in der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 847,7 Mio. Franken ab. In der Investitionsrechnung beträgt die Nettobelastung 7,7 Mio. Franken.

Die Laufende Rechnung schloss gegenüber dem Voranschlag und dem Nachtragskredit um 6,7 Mio. Franken schlechter ab als vorgesehen. Der Nachtragskredit war wegen höheren gebundenen Beiträgen für die öffentliche Sozialhilfe sowie für Zusatzleistungen zur AHV/IV erforderlich.

Die Verschlechterung des Saldos der Laufenden Rechnung 2004 gegenüber der Rechnung 2003 von 25,2 Mio. Franken ist hauptsächlich beitragsbegründet, namentlich durch Mehraufwand bzw. Minderertrag für wirtschaftliche Hilfe, Mehraufwand für die Sozialversicherungen der Bundes (AHV/IV) sowie mehr Beiträge an die Gemeinden für Ergänzungsleistungen zur AHV/IV.

Die im Vergleich zum Voranschlag 2004 tieferen Nettoinvestitionen im Umfang von 3 Mio. Franken sind auf den Verzicht des Kaufs einer Asylliegenschaft zurückzuführen.

Die KSSG stimmt der Jahresrechnung des kantonalen Sozialamtes zu.

5.1.2 Gesundheitsdirektion

Die Jahresrechnung 2004 der Gesundheitsdirektion schliesst in der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 1'169,6 Mio. Franken ab. In der Investitionsrechnung beträgt die Nettobelastung 151,1 Mio. Franken.

Im Vergleich zum Voranschlag 2004 verbesserte sich der Saldo der Laufenden Rechnung um 127,6 Mio. Franken, während die Nettobelastung bei den Investitionen um 16 Mio. Franken tiefer ausfiel.

Im Vergleich zur Rechnung 2003 konnte der Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung um 99,4 Mio. Franken gesenkt werden.

Die KSSG stimmt der Jahresrechnung der Gesundheitsdirektion zu.

5.2. Rücklagen

5.2.1 Beurteilung der einzelnen Rücklagen gemäss §9 Globalbudgetverordnung aus der Sicht der Kommission

In folgenden Leistungsgruppen und Amtsstellen wurden Rücklagen aufgelöst beziehungsweise gebildet:

| LG / Amt | Bezeichnung | 2004 aufgelöste Rücklagen | 2004 neu gebildete Rücklagen |
|-----------|-------------------------------|---------------------------|------------------------------|
| 3500 | Kantonales Sozialamt | 146'000 | 100'000 |
| 6000.1000 | Direktionssekretariat GD | 155'950 | 100'000 |
| 6100.1000 | Kantonale Heilmittelkontrolle | 27'990 | 39'000 |
| 6100.2000 | Kantonales Laboratorium | 215'390 | 151'000 |

| | | | |
|-----------|------------------------------------|-----------|-----------|
| 6100.3000 | Veterinäramt | 15'000 | 30'000 |
| 6300.2000 | Kantonsapotheke | 72'206 | 141'000 |
| 6300.3000 | Zentralwäscherei Zürich | 88'500 | 175'000 |
| 6300.4000 | Universitätsspital Zürich | 0 | 825'000 |
| 6300.5000 | Kantonsspital Winterthur | 1'034'301 | 2'634'000 |
| 6400.2000 | Psychiatrische Universitätsklinik | 299'554 | 832'000 |
| 6400.4000 | Psychiatrische Klinik Rheinau | 0 | 645'000 |
| 6400.5000 | Integrierte Psychiatrie Winterthur | 0 | 318'000 |
| 6400.6000 | Psychiatriezentrum Hard | 0 | 0 |
| 6400.8000 | Kinderpsychiatrischer Dienst | 108'000 | 331'000 |

Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass die aufgelösten Rücklagen mit einer Ausnahme (KSW) ganz oder teilweise in Form von Ausschüttungen an das Personal verwendet wurden. Auffällig sind die hohen Rücklagenbestände im Kantonsspital Winterthur, in der psychiatrischen Universitätsklinik und in der psychiatrischen Klinik Rheinau. Die KSSG wird die weitere Entwicklung der Rücklagen bei diesen drei Betrieben aufmerksam verfolgen.

| Amt | Rücklagen | Bemerkungen |
|---|-----------|-------------|
| 3500 Kantonales Sozialamt | 100'000 | Zustimmung |
| 6000 Steuerung Gesundheitsversorgung | 100'000 | Zustimmung |
| 6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen | 220'000 | Zustimmung |
| 6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation | 3'775'000 | Zustimmung |
| 6400 Psychiatrische Versorgung | 2'126'000 | Zustimmung |

5.3 Bemerkungen zu einzelnen Ämtern beziehungsweise Leistungsgruppen

5.3.1 Kantonales Sozialamt (3500)

Die KSSG nimmt das Ergebnis der Laufenden Rechnung 2004 des kantonalen Sozialamtes in zustimmendem Sinne zur Kenntnis. Es wird festgestellt, dass die Aufwendungen im Asylbereich sowie bei den Behinderten- und Sozialhilfeeinrichtungen auf Grund der geringeren Defizite der Institutionen leicht rückläufig waren. Diese Entwicklung wurde allerdings durch gestiegene Belastungen im Bereich der öffentlichen Sozialhilfe und bei den Zusatzleistungen zur AHV/IV überlagert. Die Kommission ist sich bewusst, dass die Fallzahlen bei der öffentlichen Sozialhilfe nach wie vor in Besorgnis erregendem Ausmass zunehmen.

Weitere Einsparungen sind in Anbetracht der finanziellen Struktur des Sozialamtes, bei welchem 98% der Aufwendungen auf gesetzlich vorgeschriebene Beiträge entfallen, praktisch nicht möglich.

5.3.2 Steuerung Gesundheitsversorgung (6000)

Die deutliche Abweichung beim Ertrag (+3,4 Mio. Franken) ist auf die Liquidation der Interkantonalen Vereinbarung über die Kontrolle der Heilmittel bzw. der Interkantonalen Kontrollstelle für Heilmittel zurückzuführen.

5.3.3 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation (6300)

Das Rechnungsergebnis in dieser Leistungsgruppe verzeichnet gegenüber dem Voranschlag 2004 eine Saldoverbesserung von 98,1 Mio. Franken. Auf Grund der geänderten Verbuchungspraxis der Gehälter für Lehre und Forschung beim USZ sind Aufwand und Ertrag um je 49 Mio. Franken höher ausgefallen. Neu erfolgt eine Bruttoverbuchung der Gehälter, die von der Universität getragen werden.

Ohne die Änderung dieser Verbuchungspraxis ergeben sich gegenüber dem Voranschlag 2004 Minderaufwendungen in der Höhe von 85 Mio. Franken (Abweichung +3,3%) und Mehrerträge von 42 Mio. Franken (Abweichung +3,4%).

Die wichtigsten Abweichungen sind auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Mehrerträge (+18,7 Mio. Franken) auf Grund höherer Taxen bei den kantonalen Spitälern sowie Minderaufwendungen (-26,3 Mio. Franken) für die staatsbeitragsberechtigten Spitäler.
- Ambulante Mehrerträge in der Höhe von 30,4 Mio. Franken.
- Mindererträge von 11,5 Mio. Franken durch den Wegfall der Poliklinikpauschale sowie Minderaufwand von 23,3 Mio. Franken bei Medikamenten und medizinischem Bedarf.
- Minderaufwendungen (-12,6 Mio. Franken) sowie Mehrerträge (+5,3 Mio. Franken) in Folge tieferer Schlussabrechnungen für 2002 und 2003 auf Grund der Revisionen bei den staatsbeitragsberechtigten Spitälern.
- Mindererträge (-6,8 Mio. Franken) sowie Mehraufwand (+4,6 Mio. Franken) bei den Staatsbeiträgen wegen den Sockelbeiträgen für die Zusatzversicherten.
- Mehrerträge (+5,3 Mio. Franken) bei den Honoraren für die privatärztliche Tätigkeit.

5.3.4 Psychiatrische Versorgung (6400)

Die Saldoverbesserung gegenüber dem Voranschlag 2004 beträgt 21,4 Mio. Franken und ist zurückzuführen auf:

- Mehrerträge (+7 Mio. Franken) auf Grund von höheren Taxen und Mehrleistungen bei den kantonalen Kliniken sowie entsprechende Minderaufwendungen (-3,9 Mio. Franken) bei den Staatsbeiträgen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Taxvereinbarung mit den Krankenkassen erst gegen Ende des Jahres 2003 zu Stande kam, und daher im Voranschlag 2004 nicht berücksichtigt werden konnte.
- Minderaufwendungen von 8,9 Mio. Franken durch konsequente Stellenplanbewirtschaftung.

5.3.4 Beiträge an Krankenkassenprämien (6700)

Die KSSG nimmt zur Kenntnis, dass im Rechnungsjahr 2004 85% der Bundesgelder ausgeschöpft wurden. Begründet wird dieser höhere Wert mit dem Hinweis, dass ein Teil der 2002 nicht ausgeschöpften Mittel im letzten Jahr eingesetzt wurden.

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
Der Präsident: Der Sekretär:
Christoph Schürch Roland Brunner

6. Kommission für Bildung und Kultur

6.1 Allgemeines

6.1.1 Fachstelle Kultur

Die Jahresrechnung 2004 der Fachstelle Kultur schliesst in der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 75,6 Mio. Franken ab. In der Investitionsrechnung beträgt die Nettobelastung 2,9 Mio. Franken.

Im Vergleich zum Voranschlag 2004 verbesserte sich der Saldo der Laufenden Rechnung um 1,2 Mio. Franken.

Die KBIK stimmt der Jahresrechnung der Fachstelle Kultur zu.

6.1.2 Bildungsdirektion

Die Jahresrechnung 2004 der Bildungsdirektion schliesst in der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 1'944 Mio. Franken ab. In der Investitionsrechnung beträgt die Nettobelastung 146,7 Mio. Franken.

Im Vergleich zum Voranschlag 2004 verbesserte sich der Saldo der Laufenden Rechnung um 107 Mio. Franken, während die Nettobelastung bei den Investitionen um 48,9 Mio. Franken tiefer ausfiel. Der Aufwand wurde um 101 Mio. Franken unterschritten, der Ertrag um 6 Mio. Franken übertroffen. Verantwortlich für diesen Effekt waren die etwas geringeren Personalkosten und die Umsetzung der ersten Massnahmen aus dem Sanierungsprogramm 04.

Die KBIK stimmt der Jahresrechnung der Bildungsdirektion zu.

6.2 Rücklagen; Beurteilung der einzelnen Rücklagen gemäss § 9 Globalbudgetverordnung aus der Sicht der Kommission.

6.2.1 Fachstelle Kultur

Bildung von Rücklagen: 15'000 Franken

Die endogenen Einflüsse im positiven Rechnungsabschluss resultieren aus der konsequenten Kostenkontrolle und dem haushälterischen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und durch die Mitwirkung in einer Jury der internationalen Bodenseekonferenz. Die massiv angestiegene Anzahl von Geschäften konnte trotz gleich bleibendem Personalbestand erfolgreich bearbeitet werden (Anzahl Geschäfte 2003: 713 / 2004: 1114).

6.2.2 Lehrmittelverlag

Bildung von Rücklagen: 49'000 Franken

Die Saldoverbesserung um rund 1,6 Mio. Franken resultiert einerseits aus tieferen Einkaufspreisen und andererseits auf Grund von Einsparungen gegenüber dem Voranschlag bei den Personal- und Sachkosten.

Der Anteil des Bereichs Mehrleistung am Gesamtertrag erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 3% auf 57%. Dieses Ergebnis konnte dank der guten Marktakzeptanz der Produkte des Lehrmittelverlages auch ausserhalb des Kantons Zürich erzielt werden.

6.2.3 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)

Bildung von Rücklagen: 1'000'000 Franken

Dank diverser Massnahmen konnte auf allen Stufen eine kostengünstigere Leistungserbringung umgesetzt werden, so dass sich der Staatsbeitrag für die ZFH gegenüber dem Voranschlag 04 insgesamt um 4% (bereinigt um die Auflösung von Reserven) verbesserte. Die Gründe liegen in Optimierung von Klassengrössen, verstärkter Bildung von «Grosseinheiten», d.h. Klassenverbänden in geeigneten Lehr/Lernkontexten nach Schaffung entsprechender Räumlichkeiten, sowie in einer beträchtlichen Reduktion des Kontaktunterrichts zu Gunsten des geleiteten und individuellen Selbststudiums.

Die Kommission für Bildung und Kultur nimmt von den Begründungen für die Bildung von Rücklagen in zustimmender Form Kenntnis.

6.3 Weitere Bemerkungen

6.3.1 Fachstelle Kultur (2234)

Die Kommission nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass sich der Saldo gegenüber dem Voranschlag und der letztjährigen Rechnung leicht verbessert hat, obwohl die Fachstelle mit unverändertem Personalbestand eine grössere Anzahl von Geschäften bearbeitete. Es werden vermehrt Gesuche an den Kanton gerichtet, weil aus den Stiftungen und aus der Privatwirtschaft weniger Mittel für Veranstaltungen und Künstler zur Verfügung stehen. Im Bereich der bildenden Kunst werden neu nicht nur Bilder angekauft, sondern auch Druckkostenbeiträge an Künstler gewährt, die eine Ausstellung vorbereiten.

Beim Opernhaus steht der erfreulichen Steigerung bei der Publikumszufriedenheit eine minimale Verschlechterung der Eigenwirtschaftlichkeit gegenüber (Eigenwirtschaftlichkeit 2003: 46,7% / 2004: 46,1%). Grund für diese Entwicklung ist das preisbewusstere Verhalten des Publikums, welches vermehrt auf Tickets und Abonnements der günstigeren Preiskategorien ausweicht.

6.3.2 Bildungsverwaltung (7000)

Die positive Saldoabweichung ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen:

- geringere Personalkosten (Verzicht auf die Auszahlung von Teuerungszulagen, tiefere Beiträge für die ALV, Kürzung der DAG)
- ausserordentlicher Beitrag des Lotteriefonds
- Projektverschiebungen
- nicht voll ausgeschöpftes Weiterbildungsbudget
- tiefere kalkulatorische Kosten

Die Kommission nimmt in positivem Sinne davon Kenntnis, dass im KEF 2006 neue Indikatoren für die Leistungsgruppe 7000 geplant sind.

6.3.3 Volksschulamt (7200)

Die minimale Saldoabweichung ist einerseits auf geringere Personalkosten (siehe auch 6.3.2) und andererseits auf die Massnahme San 04.216 «Anhebung der Klassengrössen» zurückzuführen, die von Schulgemeinden bereits über den angenommenen Soll-Wert hinaus realisiert worden ist.

6.3.4 Mittelschulen (7301)

Die deutliche Saldoverbesserung gegenüber dem Voranschlag 04 (+ 20,7 Mio. Franken) ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- tiefere Personalkosten (siehe 6.3.2)
- Rotationsgewinne
- Senkung des Lektionenfaktors von 2.03 auf 1.97
- Erhöhung der Elternbeiträge im Instrumentalunterricht (daher Rückgang des Volumens)
- reduzierte Projektierungskosten bei den Investitionen

6.3.5 Berufsschulen und Lehrabschlussprüfungen (7303)

Gegenüber dem Voranschlag 04 war ein Mehrertrag von 10,2 Mio. Franken zu verzeichnen. Die beiden hauptsächlichen Gründe dafür sind:

- Auflösung der Rückstellungen aus dem Vorjahr in der Höhe von 6,8 Mio. Franken,
- auf Grund der grösseren Anzahl Auszubildender mit ausserkantonalem Lehrort ergaben sich Mehreinnahmen von 2,3 Mio. Franken.

Die Aufwandverbesserung von 18,2 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag 04 ist hauptsächlich zurückzuführen auf:

- geringere Lohnkosten (3,2 Mio. Franken) (siehe 6.3.2)
- tieferer Aufwand für Lehrmittelbeschaffung, Miete und Pacht (2,6 Mio. Franken)
- Verschiebung diverser Projekte und Sanierungen (2,9 Mio. Franken)
- geringere Abschreibungen und Zinsen aufgrund tieferer Investitionen (3,7 Mio. Franken)
- deutlich weniger Beiträge an private KV-Schulen, da an diesen Schulen erheblich weniger Auszubildende verzeichnet wurden (6,8 Mio. Franken)

6.3.6 Universität Zürich (7401, 7402, 7403, 9600)

Die KBIK stellt fest, dass im Rechnungsjahr 2004 Rückstellungen in der Höhe von rund 7 Mio. Franken aufgelöst worden sind. Die Kommission nimmt die Ausführungen des Regierungsrates in der Staatsrechnung 2004 zu den Differenzen zwischen den Rechnungsberichten des Regierungsrates an den Kantonsrat und den Jahresberichten der Universität in Bezug auf die Rücklagen zur Kenntnis (siehe Staatsrechnung 2004, Seite 25). In diesem Zusammenhang erwartet die KBIK, dass die diesbezüglichen Empfehlungen der Finanzkontrolle im Hinblick auf die Rechnung 05 umgesetzt werden. Die KBIK begrüsst zudem die von der Bildungsdirektion angekündigte Einführung einer internen Revisionsstelle an der Universität und die Einstellung eines CFO.

6.3.7 Zürcher Fachhochschule (7406, 7407, 9700)

Die KBIK nimmt zur Kenntnis, dass die Kosten pro Studierende/n an den Zürcher Fachhochschulen im gesamtschweizerischen Vergleich in allen Fachrichtungen unter dem Durchschnitt und auch unter dem Standardkostensatz des Bundes liegen.

Kommission für Bildung und Kultur
Die Präsidentin: Der Sekretär:
Brigitta Johner-Gähwiler Roland Brunner

7. Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt

7.1 Allgemeines

Die der Kommission zugewiesenen Rechnungspositionen der Bau- und der Volkswirtschafts-
direktion wurden durch Subkommissionen geprüft.

Im einzelnen schlossen die Laufenden Rechnungen der Amtsstellen in der Baudirektion um
14,8 Mio. Franken besser ab als budgetiert (Fernwärme 7'896'000 Franken; AWEL 4'156'000
Franken; Sondermülldeponie Kölliken 2'766'000 Franken); für die Investitionsrechnungen er-
gibt sich ein Plus von 30,1 Mio. Franken (Fernwärme 6'824'000 Franken; Tiefbauamt
19'235'000 Franken; AWEL 4'086'000 Franken). (Für die Amtsstellen und Positionen der
Volkswirtschaftsdirektion vgl. 7.2.2).

Die KEVU erhielt umfassend Auskunft über Bildung und Auflösung von Rücklagen. Die
KEVU empfiehlt, die Rücklagen in der beantragten Höhe zu bewilligen.

Auf Grund der Erfahrung, dass auch bei vertiefter Prüfung bei einigen Positionen nicht er-
sichtlich ist, zu welchen Teilen die Resultate durch das Sanierungsprogramm 04 oder durch
endogene Faktoren verursacht worden sind, regt die KEVU an, dass die FIKO den Stand der
Umsetzung der Massnahmen San04 in allen Direktionen und Ämtern erfragen soll.

7.2 Einzelne Positionen

7.2.1 Baudirektion

7.2.1.1 Fernwärme (8200)

Die Laufende Rechnung schloss rund 7,9 Mio. Franken besser ab als veranschlagt: Auf den
Einsatz von Temporärkräften konnte verzichtet werden (+189'058 Franken). Der externe
Sachaufwand verbesserte sich vor allem wegen der ausserordentlichen Auflösung einer Rück-
stellung für den Schadenfall Katzenbach und die so nicht budgetierten neuen Vorsteuerver-
hältnisse sowie wegen der Aufwertung Oberhauserriet um rund 2 Mio. Franken. Die Rest-
wertabschreibungen derjenigen Investitionen, welche nicht an die Stadt Zürich übertragen
wurden, verschlechterten den Voranschlag in der Position Abschreibungen um -703'703 Fran-
ken. Die Aufwertung Oberhauserriet – Entgelt der Stadt Zürich für Abschreibungen 2003
(+1,7 Mio. Franken) – und der hohe Ölpreis in Verbindung mit kühler Witterung (+4,5 Mio.
Franken) führten zu einem Ertragsplus von 6'440'542 Franken.

Investitionsrechnung: Durch den Verzicht auf den Ersatz des ETH-Heizkessels (+4,5 Mio.
Franken) und den Verzicht auf übrige Investitionen angesichts des Übertrags der Kantonalen
Fernwärme an die Stadt Zürich schloss die Investitionsrechnung rund 6,9 Mio. Franken besser
ab als budgetiert.

7.2.1.2 Tiefbauamt (8400)

Laufende Rechnung: Beim Personalaufwand wurde im Rahmen von San04/TBA 2010 gezielt
gespart (+4'788'709 Franken), namentlich beim Strasseninspektorat im Bereich Unterhalt. Der
Sachaufwand stieg vor allem durch einen höheren Salzverbrauch im Winter (-1'492'892 Fran-
ken). Als Folge der Sparmassnahmen des Bundes drosselte auch der Kanton den Unterhalt für
Nationalstrassen (+4'757'877 Franken). Rückerstattungen werden in Abhängigkeit vom Pro-
jektfortschritt entrichtet. Diese schwer abzuschätzenden Rückerstattungen und Eigenleistun-
gen führten zu einem Plus von 9'629'755 Franken in der Position «übrige Erträge». Weitere
gezielte Einsparungen führten dazu, dass 16'893'793 Franken weniger aus dem Strassenfonds
übertragen werden mussten (vgl. 7.2.1.5, 8920 Strassenfonds).

Die Investitionsrechnung fiel wegen Verzögerungen beim Ausbau des Werkhofs Pfäffikon und beim Strassenbau für die Glattalbahn um 19'235'095 Franken besser aus als budgetiert. Die Baudirektion nimmt zum Strassenbau und -unterhalt künftig ein Benchmarking mit anderen Kantonen vor.

7.2.1.3 AWEL (8500)

Die Laufende Rechnung schloss rund 4,8 Mio. Franken besser ab als veranschlagt. Der externe Sachaufwand fiel wegen kostengünstigerem Gewässerunterhalt und geringerem Projektaufwand infolge der Reorganisation des Amtes (San04) um 2'023'832 Franken geringer aus. Durch die Verrechnung der effektiv anfallenden Informatikkosten statt der bisher üblichen Aufteilung nach Anzahl PCs konnten 880'645 Franken eingespart werden. Der Ertrag aus dem Treibstoffverkauf fiel rund 1,6 Mio. Franken höher aus als budgetiert.

Investitionsrechnung: Im Zusammenhang mit San04 wurde das verbleibende Heizöl-Pflichtlager vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen transferiert (+5'032'700 Franken). Das AWEL bildete für verzögerte Projekte Rückstellungen von 1'480'000 Franken. Umsetzung Sanierungsprogramm 04: Das Tanklager Birmensdorf wurde geleert und vermietet; mittel- bis langfristig ist ein Rückbau geplant. Der Personalabbau fand mehrheitlich über Frühpensionierungen statt, teilweise wurden Stellen nach Kündigung durch Mitarbeiter nicht mehr besetzt, daneben kam es aber auch zu Kündigungen guter Mitarbeiter.

7.2.1.4 Sondermülldeponie Kölliken (8510)

Laufende Rechnung: Geringere Kosten infolge Verzögerung des Projekts (+2'764'966 Franken).

7.2.1.5 Strassenfonds (8920)

Laufende Rechnung: Es wurden rund 17 Mio. Franken weniger ans Tiefbauamt (vgl. 7.2.1.2) übertragen; der Benzinzollertrag fiel um rund 1 Mio. Franken und die LSVA um rund 3 Mio. Franken höher aus als erwartet. Es konnten so 22'552'199 Franken in den Fonds gelegt werden. Der Fondsbestand betrug am 31. Dezember 2004 plus 36'310'688 Franken. Die Subkommission erhielt Auskunft über die Strassenfinanzierung im Projekt Glattalbahn.

7.2.1.6 Fonds für Entsorgung von Kleinmengen von Sonderabfällen (8950)

Die Rechnung schliesst im Rahmen des Voranschlages ab.

7.2.1.7 Deponiefonds (8960)

Der Minderertrag ist darauf zurückzuführen, dass sich die Deponie Chüehalden, Eglisau, erst 2005 einkaufen wird, statt wie vorgesehen 2004. Das Ziel eines Fondsbestands von 10 Mio. Franken bis 2006 ist per Ende 2004 mit 9,59 Mio. Franken nahezu erreicht.

7.2.2 Volkswirtschaftsdirektion

7.2.2.1 Amt für Verkehr (5200)

Der Saldo hat sich im Vergleich zum Voranschlag 2004 rund 1,7 Mio. Franken verschlechtert. Es mussten 3,6 Mio. Franken auf die SWISS-Beteiligung abgeschrieben werden; davon konnte das Amt allerdings durch Einsparungen und Mehrerträge rund 2 Mio. Franken auffangen.

Der Verkauf der SWISS-Aktien (Lufthansa-Geschäft) wird erst im Jahr 2005 wirksam.

7.2.2.2 Finanzierung öffentlicher Verkehr (5210)

Der Saldo von minus 187 Mio. Franken setzt sich aus 91 Mio. Franken für den ÖV-Fonds und 96 Mio. Franken kantonale Beiträge an den ZVV zusammen (vgl. 7.2.2.3 und 7.2.2.5).

7.2.2.3 Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs (5920)

Auf Grund des Sanierungsprogramms 04 wurde die Einlage von 96 Mio. auf 91 Mio. Franken gesenkt. Der Fondsbestand beläuft sich auf rund 288 Mio. Franken. Die aus dem Fonds finanzierten Anlagen sind mit 187,5 Mio. Franken bewertet, wovon jeweils 15% pro Jahr abgeschrieben werden. Die KEVU erhielt detaillierte Auskunft über die Finanzierung der grossen ÖV-Projekte: Abweichungen ergeben sich aus dem höheren finanziellen Bedarf beim Durchgangsbahnhof Löwenstrasse, was mit der Rechnungsstellung der SBB zu tun hat. Es ist ein Übertrag aus dem Jahr 2003 enthalten. Bei der Glattalbahn ergaben sich bisher Minderkosten durch günstigere Vergaben, dafür werden nun bald Zusatzkosten auflaufen, da sich der Posten «Werkleitungen» nach dem jüngsten juristischen Entscheid verteuern wird. Die KEVU wird periodisch genau über die Fondsplanung informiert.

7.2.2.4 Fonds für den Flughafen (5921)

Die Bewegungen des Fonds sind für die Staatsrechnung saldoneutral. Allerdings wurden die Aktien der Flughafen Zürich AG im Finanzvermögen höher bewertet. Es ergab sich ein Buchgewinn von rund 48 Mio. Franken, durch Aktienverkauf kam es zu einem realisierten Gewinn von 1,7 Mio. Franken. Übersicht Aktien (total 46%): a) Verwaltungsvermögen: 1'637'434 Aktien (33%, unverändert); b) Finanzvermögen: 589'592 Aktien (-50'000 Aktien, 12%); c) Finanzvermögen BVK: 70'000 Aktien (1,4%) (Aktienkurs per 31.12.2004: 147 Franken; per 31.12.2003: 65 Franken). Durch die Mediation, Relief und SIL (VD verantwortlich für Aufsicht, Strategie und Fluglärm) kam es zu Mehraufwand; der Aufwand wurde der Subkommission detailliert ausgewiesen.

7.2.2.5 ZVV (9300)

Relevant für die Staatsrechnung ist der Beitrag des Kantons (vgl. 5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr; 7.2.2.2). Der Ertrag des ZVV ist um 0,9% höher ausgefallen (+6,6 Mio. Franken), während der Aufwand um 13 Mio. Franken reduziert werden konnte, so dass eine markante Ergebnisverbesserung von 19,6 Mio. Franken resultiert. Die Kostenunterdeckung blieb im Vergleich zum Vorjahr stabil: Der Personalaufwand verringerte sich, es wurden weiter weniger Hard- und Software benötigt und weniger Dienstleistungen Dritter in Anspruch genommen. Der Mehrwertsteuerbetrag fiel durch die tiefere Kostenunterdeckung geringer aus; der Anstieg gegenüber dem Vorjahr erklärt sich aus dem Anstieg des Pauschalbesteuerungssatzes von 2,7% auf 3,0% (+3 Mio. Franken). Das Leistungsentgelt nahm um 17 Mio. Franken ab, wozu fast zur Hälfte Minderaufwendungen der VBZ beitrugen. Das Einrichten des Customer Care Managements (CCM) verzögerte sich; dafür und für die neue Generation von Billettautomaten wurden Rückstellungen gemacht. Der Bund liegt mit Zahlungen für Vorteilsanrechnung 4 Mio. Franken im Rückstand; deshalb wurde bei den Betriebsbeiträgen der Voranschlagsbetrag deutlich überschritten. Die ausstehenden Beiträge sind frühestens 2007 zu erwarten. Die Verkehrserträge entwickelten sich übers Ganze erfreulich, auch wenn sie leicht unter dem Voranschlagswert liegen. Die Jahresabonnements werden nunmehr nach Nutzungsdauer und somit präziser abgerechnet (+18 Mio. Franken Abgrenzungen). Die Beiträge und Nebenerträge sind ebenfalls besser ausgefallen. Die Leistungszahlen hingegen sind teil-

weise vorsichtig zu werten, das zeigt sich etwa bei den «Wagenkilometer Bus»: Das Niveau blieb sich in etwa gleich, einzig die Busleistungen im Stadtgebiet Zürich wurden ausgebaut.

Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt

Die Präsidentin:

Sabine Ziegler

Die Sekretärin:

Dr. Franziska Gasser

8. Kommission für Planung und Bau

8.1 Allgemeines

Die der Kommission zugewiesenen Ämter der Baudirektion wurden von Subkommissionen besucht. Die Saldi der Rechnungen 2003 und 2004 sowie der Voranschlag 2004 wurden verglichen und kommentiert.

Die Laufenden Rechnungen der zugewiesenen Amtsstellen schlossen um rund 14,6 Mio. Franken besser ab als budgetiert (Generalsekretariat +857'000 Franken; Hochbauamt +12'902'000 Franken; Amt für Raumordnung und Vermessung +822'000 Franken). Für die Investitionsrechnung ergibt sich eine positive Abweichung von rund 16,1 Mio. Franken (Generalsekretariat +2'785'000 Franken; Hochbauamt +10'935'000 Franken; Amt für Raumordnung und Vermessung +201'000 Franken; Denkmalpflegefonds -198'000 Franken; Natur- und Heimatschutzfonds +2'378'000 Franken).

Die KPB empfiehlt, die Rücklagen in der beantragten Höhe zu bewilligen.

Übergreifend sind folgende Feststellungen zu machen:

- 1) Die Dezentralisierung der Budgets im Hochbau scheint der KPB weiterhin äusserst problematisch, da sie aus verschiedenen Gründen kostentreibend wirken kann (erschwerter Koordination, mangelnde Transparenz für Kontrollbehörden, schwierige Einflussnahme der Erbringerdirektion auf Bauwünsche der Nutzerdirektionen, Aufbau eigener Planungs-kapazitäten in den Direktionen) – eine Bemerkung, welche bereits bei der Staatsrechnung 2003 gemacht werden musste. Die Regierung bemüht sich, eine Lösung zu erarbeiten; die Baudirektorin will diese zu gegebener Zeit präsentieren. Die KPB erachtet eine umgehende Lösung der Problematik als dringend.
- 2) Die Indikatoren für Leistung und Effektivität werden für die Arbeit des Kantonsrats am Budget nach wie vor als unbefriedigend erachtet. Die KPB bedauert, dass dem Auftrag zur Überprüfung der Indikatoren aus Spargründen nicht nachgekommen wird. Die Arbeit des Kantonsrates wird dadurch behindert.
- 3) Das von KPB und Rat geforderte Baucontrolling soll gemäss Baudirektion im Rahmen des allgemeinen Immobilienprojektes in den nächsten zwei Jahren vorangetrieben werden (vgl. Punkt 1).
- 4) In allen Ämtern der Baudirektion wurde im Rahmen der Sparanstrengungen vor allem auch beim Personal angesetzt: Freie Stellen wurden verzögert oder nicht besetzt, die interne Aus- und Weiterbildung stark reduziert und temporäre Mitarbeiter sehr zurückhaltend eingesetzt. Die Auswirkungen dieser Massnahmen auf die Mitarbeitenden und die Leistungserbringung in den Ämtern werden in der Kommission politisch unterschiedlich gewichtet.

8.2 Für die einzelnen Positionen ergaben sich zusätzlich folgende Punkte:

8.2.1 Baudirektion

8.2.1.1 Generalsekretariat (8000)

Laufende Rechnung: Durch verzögerte Stellenbesetzung, den Verzicht auf temporäre Mitarbeiter und reduzierte Aus- und Weiterbildung (-900'000 Franken) fallen die Personalkosten 919'043 Franken niedriger aus als veranschlagt. Die Stelle im Baucontrolling ist noch immer vakant, da vorab das Verhältnis zu den Nutzerdirektionen zu klären ist. Das neue Planungs- und Baugesetz wurde durch die Diskussion der Regierung über die neuen Eckwerte verzögert; nachdem die Finanzdirektion eine neue Mitarbeiterbeurteilung (MAB / ZLB) neu in den Jah-

ren 2006 und 2007 (statt 2005 und 2006) einführen will, wurde das Programm zur Personal- und Kaderentwicklung im GS um ein Jahr verschoben. Dadurch wurden für Dienstleistungen Dritter 1'004'454 Franken weniger ausgegeben als budgetiert; es wurden entsprechende Rückstellungen gebildet. Die Rückstellungen und Rücklagen belaufen sich auf 1'068'057 Franken. Investitionsrechnung: Durch die Verzögerung von Informatikprojekten der Amtsstellen aus Kapazitäts- und Spargründen sowie durch nicht budgetierte ausserordentliche Einnahmen bei den Informatikinvestitionen ergibt sich gegenüber dem Voranschlag 2004 ein Plus von 2'784'660 Franken.

8.2.1.2 Hochbau (8100)

Laufende Rechnung: Insbesondere durch die zurückhaltende Wiederbesetzung von Stellen lagen die Personalkosten 1'777'036 Franken unter dem Budget. Die Zurückhaltung führt teilweise zu Problemen bei den Bestellerdirektionen, welche mangelnde Leistungsfähigkeit zur Erledigung der Projekte anmahnen. Durch die Verzögerung von Projekten (namentlich das Polizei- und Justizzentrum) wurden für Planungen Dritter 3'579'476 Franken weniger als budgetiert ausgegeben. Geringere Investitionen bewirken weniger Zinsen und Abschreibungen (+4'645'080 Franken). Durch Aktivierung der aufgelaufenen Projektierungskosten sowie durch Rückerstattungen für Projekte ergab sich im Vergleich zum Voranschlag ein Plus von 4'018'684 Franken.

Investitionsrechnung: Die Realisierung verschiedener Projekte, etwa diejenige der Bezirksgebäude Winterthur und Dietikon, erlitt Verzögerung (+10'935'161 Franken).

Die Rechnung des HBA ist auch dieses Jahr eher lose mit der Budgetierung verbunden. Viele Faktoren wie Abschluss oder auch Beginn des Projektes können vom HBA nicht beeinflusst werden. Die Budgetzahlen für «Zinsen und Abschreibungen» sind etwa im Frühjahr des Vorjahres zu errechnen, d.h. bevor die Rechnung des laufenden Jahres überhaupt vorliegt. Die Abweichung vom Budget ist dieses Jahr positiv, sie könnte aus den erwähnten systembedingten Gründen andere Male auch negativ ausfallen.

8.2.1.3 Raumordnung und Vermessung (8300)

Laufende Rechnung: Der Personalaufwand wurde im Vergleich zum VA 04 durch verzögerte Stellenbesetzung und den Verzicht auf temporäre Mitarbeiter und Praktikanten um 420'719 Franken, der externe Sachaufwand durch reduzierten Aufwand für Betrieb, Unterhalt und Erneuerung der technischen Infrastruktur von GIS und GeKaGe um 352'174 Franken reduziert.

Investitionsrechnung: Das Investitionsvolumen ging durch weitere Synergienutzung mit der zentralen BD-Informatik zurück (+200'583 Franken).

Es ist festzustellen, dass die Massnahmen zur Sanierung des Haushaltes im ARV greifen. Auch bei weniger Personal ergab eine Kundenbefragung des GIS-Zentrums eine gute bis sehr gute Bewertung.

8.2.1.4 Natur- und Heimatschutz (8910)

Laufende Rechnung: Geringere Investitionen im Vorjahr wirkten sich auf die Abschreibungen aus (+584'664 Franken), es wurden weniger Betriebsbeiträge geleistet als angenommen (+334'607 Franken). Weiter gab es geringere Überträge an den Naturschutz in der Volkswirtschaftsdirektion (+2'073'185 Franken), und die nur schwer budgetierbaren Rückerstattungen des Bundes fielen höher aus als erwartet (+453'069 Franken). Dies erlaubte zusammen mit geringeren Faktoren wie etwa der Auflösung von Rückstellungen eine nicht budgetierte Entschuldung des Fonds (-3'977'854 Franken).

Investitionsrechnung: Diese schloss um 2'377'686 Franken besser als budgetiert ab; es wurden vor allem weniger Beiträge an Private ausgerichtet.

Am 31. Dezember 2004 betrug die Fondsschuld 5'957'765 Franken; gegen Ende 2005 wird der Fonds schuldenfrei sein.

8.2.1.5 Aufgaben der Denkmalpflege (8940)

Laufende Rechnung: Es waren weniger Beiträge an Private zu leisten als budgetiert (+ 375'391 Franken), somit konnten 366'789 Franken ins Fondskapital eingelegt werden.
Investitionsrechnung: Es wurden mehr Beiträge an Private ausgerichtet (-197'198 Franken).
Der Denkmalpflegefonds äufnet ein Vermögen von ca. Fr. 52 Mio. Franken; diesem Vermögen stehen in etwa gleicher Höhe zugesicherte Verbindlichkeiten gegenüber. Die Finanzen sind gesund.

Für die Kommission

Der Präsident: Die Sekretärin:

Hans Frei Dr. Franziska Gasser